

Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV – öffentlicher Teil**61 - Stadtplanungsamt:**

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	02.07.2020	II 3/2020 Zwischenbericht – Verkehrsentwicklungsplan für Bremerhaven (StVV-AT 107/2019)	Seitens des Bau- und Umweltausschusses wird darum gebeten, den Zwischenbericht zum Verkehrsentwicklungsplan für Bremerhaven für die zukünftigen BUA-Sitzungen in den TOP „Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV aufzunehmen. Der Bau- und Umweltaus- schuss nimmt den Sach- standsbericht zur Kenntnis.	61	Am 28.09.2021 wurde die konstituierende Sitzung des Projektbeirates durchgeführt. Am 14.10.2021 folgte die konstituierende Sitzung des Lenkungskreises. Das weitere Verfahren befindet sich in der Abstimmung. Weitere Informationen folgen in weiteren Sachstandsberichten zu gegebener Zeit.	
2.	12.11.2020	VI 91/2020 Antrag SPD-,CDU-,FDP- Fraktion zum Thema: Aufbau einer Radwegweisungs- Ausschilderung für Bremerhaven	Der Bau- und Umweltaus- schuss möge beschließen: Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur umfassenden Radwegweisung in Bremerhaven in Zusammenarbeit mit dem ADFC zu erstellen. Das Konzept ist dem Bau- und Umweltausschuss bis zum 2. Quartal 2021 vorzulegen. Die Förderungsfähigkeit aus Drittmitteln soll geprüft und in das Konzept aufgenommen werden.	61, 91, 66	Ein ausführlicher Sachstandsbericht wird per Vorlage unter TOP Mitteilung gegeben.	STV Allers fordert ausführlichen Sachstand zur BUA-Sitzung am 23.11.2021.

3.	19.01.2021	II 13/2020-1 Stadtumbaugebiet Geestemünde „Geestemünde geht zum Wasser“ – Umbau der Kaistraße – Änderung der Vorzugsvariante (Vorlage I 8/2018-1)	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt wie folgt: 1. Der Vorentwurf mit der neuen Vorzugsvariante wird zur Kenntnis genommen. Die Entwurfsplanung soll auf Grundlage der neuen Vorzugsvariante erarbeitet werden (Anlage 3). Die beschlussgefasste Vorzugsvariante aus Vorlage I 8/2018-1 wird somit ersetzt. 2. Die in der Beschlussfassung zur Vorlage I 8/2018-1 genannten zu berücksichtigen Grundlagen bleiben auch für die neue Vorzugsvariante bestehen. 3. Nach Abschluss der Entwurfsplanung wird diese mit detaillierter Kostenberechnung dem Magistrat und anschließend dem Bau- und Umweltausschuss vorgelegt, um zu diesem Zeitpunkt über die Durchführung der Maßnahme zu entscheiden.	61, 66	Beschlossen ist die nunmehr festgelegte Vorzugsvariante, Stand: Vorentwurf (Vorlage Nr. II 13/2020-1), BUA am 19.01.2021. Im Zuge der nachfolgenden Diskussion mit der EBB und BEG auf Grundlage ergänzender Fachgutachten hat sich gezeigt, dass für die Ufersicherung – anders als vom Planungsbüro Latz & Partner vorgeschlagen – keine Winkelstützwand, sondern eine Kaje mit Rückverankerung vorzusehen ist. Daher handelt es sich um zwei Planungen – Straße und Kaje. Die für die Kajenplanung notwendige Vermessung liegt mittlerweile vor. Die Ausschreibung für die Planung der Kaje befindet sich in Vorbereitung.	
4.	18.05.2021	VI 43/2021 Nationaler Radverkehrsplan 3.0 (NRVP 3.0)	Der Bau- und Umweltausschuss nimmt von dem NRVP 3.0 Kenntnis und beauftragt die Dezernate II, VI, VII und IX, die Förderungsmöglichkeiten, die im Rahmen des NRVP 3.0 zur Verfügung gestellt werden, durch geeignete Förderungsanträge abzurufen, damit entsprechende Maßnahmen wie z. B. Fahrradparkplätze, Ausbildung der Fahrradkultur, Sicherheit im Straßenverkehr etc. umgesetzt werden können. Die Dezernate werden weiterhin dazu angehalten, bei allen	VI/1, 61, 62, 63, 66, 67, 58	Wird fortlaufend bei den Projekten beachtet.	<i>Anmerkung: keine federführende Zuständigkeit von Amt 61 erkennbar</i>

			Projekten die Leitlinie und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen des NRVP zu berücksichtigen.			
5.	18.05.2021	VI 44/2021 Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion z. Thema: Anpassung des Ticketpreises für ein Tagesticket zw. Bremerhaven und Bremen	Der Bau- und Umweltausschuss möge beschließen: Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Bremer Stadtregierung einen Weg vorzuschlagen, wie ein maximal 10 Euro teures Tagesticket, das Bremerhaven und Bremen verbindet und in beiden Städten ebenfalls im ÖPNV genutzt werden kann, umsetzbar ist. Die entsprechenden Kostenfolgen dieser für Klimaschutz und die Attraktivität des ÖPNV und SPNV wichtigen Maßnahme sind entsprechend darzustellen.	61	Nach ausführlicher Diskussion mit dem VBN, ZVBN, SKUMS unter Beteiligung von Dezernent II und Amt 61 werden die Ergebnisse aufbereitet und sollen in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden. Es wird inhaltlich auf die Vorlage II 7/2021 (TOP 9.3.4 – BUA-Sitzung vom 18.05.2021) und auf die Beantwortung der Anfrage FS 17/2021 nach § 39 GOSTVV verwiesen (II 38/2021).	
6.	13.09.2021	II 13/2021 Antrag StVV-AT 4/2021 „Maßnahmen gegen den Klimawandel – Aufbau einer Ladeinfrastruktur f. elektrisch betriebene Fahrzeuge in Bremerhaven (Grüne PP)	Der Bau- und Umweltausschuss möge daher beschließen: 1. Der Magistrat wird beauftragt, bei den Energie-netzbetreibern in Brhv. die Potentiale für E-Ladesäulen abzufragen und ggfs. in Verhandlungen über einen jeweiligen Netzbau einzutreten. 2. Der Magistrat wird beauftragt, bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau für die notwendigen Änderungen der Landesbauordnung und weiteren notwendigen Gesetzesanpassungen einzutreten.	61	Zu Punkt 5: Vorgespräche zu einer externen Beauftragung werden derzeit geführt.	<i>Anmerkung: keine federführende Zuständigkeit von Amt 61 erkennbar in den Punkten 1 bis 4</i> Es ist zu klären, wer für die Pkt. 1 – 4 zuständig ist.

			<p>3. Der Magistrat wird beauftragt, bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau finanzielle Unterstützung vom Land, Bund oder EU für die gesetzlich geforderten, kommunalen Investitionen einzufordern.</p> <p>4. Der Magistrat fragt mit Hilfe des Klimastadtbüros die von dem privaten Sektor geplanten Ladeinfrastrukturen ab und unterstützt diesen bei der Genehmigung, Förderung, Beschaffung und Umsetzung der Baumaßnahmen.</p> <p>5. Der Magistrat wird aufgefordert, die Bedarfe der Ladeinfrastruktur unter der Beteiligung eines externen Beraters zu erarbeiten.</p>			
--	--	--	---	--	--	--

63 – Bauordnungsamt:

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	12.11.2020	VI 73/2020 Freigabe von kapitelbezogenen Rücklagen	Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss, dem Bauordnungsamt bei der HHSt. 6611/893 01 Mittel in Höhe von 10.000 Euro für die Co-Finanzierung zur Sanierung des Kulturdenkmals „Thieles Garten“ freizugeben. Zur Deckung sollen Mittel in Höhe von 10.000 Euro aus der kapitelbezogenen Rücklage 8663/063 00 über die HHST. 6611/359 01 „Entnahme aus der kapitelbezogenen Rücklage“ herangezogen werden. Beschlossen.	63	Es bleibt der Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses abzuwarten.	

66 – Amt für Straßen- und Brückenbau:

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	02.07.2020 18.05.2021	VI 39/2020 Antrag SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Verbesserung des Fahrradparkens in der Bremerhavener Innenstadt VI 40/2021 Verbesserung des Fahrradparkens in der Bremerhavener Innenstadt	Der Bau- und Umweltausschuss wird gebeten folgende Beschlüsse zu fassen: 1. Die Darstellungen (Konzept) zum Fahrradparken in der Bremerhavener Innenstadt werden zur Kenntnis genommen. 2. Die Anlehnbügel und mobilen Abstellanlagen sollen angeschafft und installiert sowie über das Sonderförderprogramm „Stadt und Land“ finanziert werden (vgl. Anhang 2). 3. Eine Entwurfsplanung für die Mobilitätsstation soll in Auftrag gegeben und über das Sonderförderprogramm „Stadt und Land“ finanziert werden. Nach Abschluss der Entwurfsplanung wird diese mit detaillierter Kostenabrechnung dem Bau- und Umweltausschuss vorgelegt, um zu diesem Zeitpunkt über die Durchführung der Maßnahme zu entscheiden.	66	Bearbeitung durch das federführende Amt 66. Eine Arbeitsgruppe (ADFC, Erlebnis Bremerhaven, Amt 61, Amt 66, Stäpark, City Skipper) wurde gebildet. Stand 11/2021 Fahrradbügel sind geliefert worden. Beginn der Montage, nach der Finalen Festlegung der Standorte, am 08.11.2021. Fertigstellung ca. 47 KW.	STV Allers fordert ausführlichen Sachstand zur BUA-Sitzung am 23.11.2021.
2.	15.09.2020	VI 63/2020 Vorstauffläche Cherbourger Straße – Fortsetzung des Planungsprozesses	Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Vorlage des Ausschusses für öffentliche Sicherheit Nr. I 18/2020 zur Kenntnis und beauftragt das Amt für Straßen- u. Brückenbau mit der Fortführung d. Planungsprozesses.	66	Der Planungsprozess wird fortgeführt: Da Flächen der planfestgestellten Maßnahme „Hafentunnel“ überplant werden, wäre hier eine Planänderung erforderlich. Nach Abstimmung mit der Naturschutzbehörde:	

					<p>Die Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz ist zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Unvermeidbarkeit und Alternativlosigkeit des Eingriffs muss nachgewiesen werden. • Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen. <p>Hinsichtlich Unvermeidbarkeit und Alternativlosigkeit wurde um entsprechende Zuarbeit über die Straßenverkehrsbehörde gebeten. Diese hat die Senatorin für Wissenschaft und Häfen eigeunden. Die diesbezügliche Zuarbeit steht noch aus. Stand 11/2021 Die Straßenverkehrsbehörde hat einen Entwurf vorgelegt. Zur weiteren Abstimmungen wurde zu einem Termin eingeladen.</p>	
3.	12.11.2020	<p>VI 86/2020 Antrag SPD-,CDU-,FDP-Fraktion zum Thema: Klimastadt Bremerhaven; Ausbau der Fahrrad-straße Nord-Südachse für den Fahrradverkehr I Sanierung Nord-Südachse Abschnitt Columbusstraße – Ludwigstraße</p>	<p>Der Bau- und Umweltausschuss möge beschließen: 1. Für 2021 ist der Teilabschnitt Columbusstr. – Ludwigstraße entlang der Elbestraße zu sanieren. Dabei ist der derzeitige Sand/-Schotterweg mit einem wetterunabhängigen Fahrbahnbelag (Asphalt) zu versehen. Bei der Sanierung sind die Umweltschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung der bestehenden Bäume zu beachten. 2. Der Magistrat wird gebeten, entsprechende Planungen zu erstellen und dem Bau- und Umweltausschuss zur 2. Sitzung im</p>	66	<p>Die Ausschreibung liegt vor. Die Veröffentlichung erfolgt sobald die beantragten Fördergelder durch den Fördergeber genehmigt/freigegeben werden.</p> <p>Die Fördermittel wurden aus dem Sonderprogramm Stadt und Land antragsgemäß bewilligt. Die Realisierung der Maßnahme ist für Ende September / Anfang Oktober vorgesehen.</p>	

			Jahr 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen. Mögliche Fördermaßnahmen der EU/des Bundes und des Landes Bremen zur Finanzierung sind zu prüfen und primär zu nutzen.		Stand: 11/2021 Alle für das Jahr gemeldeten Projekte befinden sich in der Ausführung. Die Fertigstellung aller Projekte, wird bis zur 51 KW erwartet.	
4.	12.11.2020	VI 87/2020 Antrag SPD-,CDU-,FDP-Fraktion zum Thema: Klimastadt Bremerhaven; Abbiegespiegel in Kreuzungsbereichen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern anbringen	Der Bau- und Umweltausschuss möge beschließen: Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Ortpolizeibehörde, dem Bürger- und Ordnungsamt und fahrradinteressierten Bürgerinnen und Bürgern entsprechende risikoreiche Kreuzungen zu identifizieren und mit den Abbiegespiegeln auszurüsten. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit wird gebeten, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen. Dem Bau- und Umweltausschuss und dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit ist binnen eines Jahres nach Beschlussfassung zu berichten.	66, 91	In Bearbeitung. Stand 11/2021 Vergleich Vorlage VI 88/2021 unter TOP Mitteilung	STV Allers fordert ausführlichen Sachstand zur BUA-Sitzung am 23.11.2021.
5.	12.11.2020	VI 89/2020 Antrag SPD-,CDU-,FDP-Fraktion zum Thema: Schadstellenübersicht im Radwegebestand	Der Ausschuss für Bau und Umwelt fordert den Magistrat auf, bis zum Juni 2021 eine Übersicht zu erstellen, an welchen Stellen, mit kurzfristigen Maßnahmen, Schadstellen am bestehenden Radwegebestand in Bremerhaven behoben werden können. Die Schadstellen sind über den Arbeitskreis Radverkehr gemeinsam mit dem ADFC zu definieren. Der Schwerpunkt soll bei dieser Maßnahme bei einer kurzfristigen Umsetzung liegen.	66,61	Die Schadstellenübersicht wurde erstellt und wird mit der Vorlage Nr. VI/69/21 dem BUA am 13.09.2021 vorgelegt.	

6.	12.11.2020	VI 92/2020 Antrag SPD-,CDU-,FDP-Fraktion zum Thema: Fahrradachse nach Norden ausbauen	Der Bau- und Umweltausschuss möge beschließen: Der Magistrat wird aufgefordert, eine Fahrradtrasse von der Stadtmitte in den Norden als Teil der Nord-Süd-Achse für den Fahrradverkehr auszubauen. Ein möglicher Verlauf wäre östlich der Bahntrasse ab Zur Hexenbrücke über das Geestesperrwerk, Am Wischacker, Dwarsweg, Spadener Straße, Lotjeweg, Tarnowitzer Straße, Schierholzweg, Langmirjen und die Dudweilerstraße bis zur Kreuzung Cherbourger Straße/Langener Landstraße. Eine entsprechende Planung soll dem Bau- und Umweltausschuss bis zum 2. Quartal 2021 vorgelegt werden.	66, 61	In Bearbeitung, siehe BUA-Vorlage Nr. VI 16/2021	
7.	18.05.2021	VI 31/2021 Ausbau Mecklenburger Weg Debstedter Weg bis Otto-Oellerich-Straße -Ausbauvarianten-	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt den Entwurf der Variante 3 als Vorzugsvariante und beauftragt das Amt für Straßen- und Brückenbau mit den weiteren Planungsschritten, damit die Synergien im Zuge der notwendigen Kanalbaumaßnahmen durch die BEGlogistics GmbH genutzt werden können. Die Finanzierung der Maßnahme kann aus den im Amt für Straßen- und Brückenbau vorhandenen Landesfinanzhilfen (ehemals GVFG-Mittel) sichergestellt werden. Der Baubeginn ist für das 2. Quartal 2022 geplant.	66	Stand 11/2021 In Bearbeitung, siehe BUA Vorlage Nr. VI 89/2021	STV Allers fordert ausführlichen Sachstand zur BUA-Sitzung am 23.11.2021
8.	18.05.2021	VI 38/2021 Sanierung eines Teilabschnitts d. Stresemannstr., von der Jan-Grön-Straße bis ca. zur Melchior-Schwoom-Str.	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Sanierung des Teilabschnitts der Stresemannstraße, von der Jan-Grön-Straße bis zur Melchior-Schwoom-Straße in beiden Fahrtrichtungen und damit	66	Stand 11/2021 Die Maßnahme ist am 04.11.2021 begonnen worden und wird voraussichtlich Ende	

			die Wiederherstellung der vollständigen Verkehrssicherheit in der Höhe von 650.000 €. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt aus den vorhandenen Haushaltsmitteln des Amtes für Straßen- und Brückenbau.		November abgeschlossen sein.	
9.	18.05.2021	VI 41/2021 Förderprogramm „Stadt und Land“ – Komplementärmittel 2021	Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dezernat VI durch das Amt für Straßen- und Brückenbau Fördermittel beim Sonderprogramm „Stadt und Land“ für die aufgelisteten Bauvorhaben/Maßnahmen zu beantragen. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Finanzierung der städtischen Komplementärmittel in Höhe von 245.000,00 Euro aus den Haushaltsstellen 6651/730 44 „Ausbau des Radwegenetzes“ in Höhe von 161.000,00 Euro und 6651/521 28 „Unterhaltung, Betrieb und Untersuchungen der Brücken“ in Höhe von 84.000,00 € sicherzustellen.	66, VI/1	Die Beantragung hat stattgefunden, ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Die beantragten Fördermittel/Investitionsmittel wurden vom SKUMS im Rahmen des Sonderprogrammes Stadt und Land gewährt. Die Realisierung der beantragten Maßnahmen erfolgt sukzessive. Die städtischen Komplementärmittel wurden dementsprechend aus den Haushaltsmitteln des Amtes 66 bereitgestellt.	
10.	13.07.2021	VI 54/2021 Vergabeermächtigung – Sanierung Rainer-Maria-Rilke-Weg zwischen Rickmersstraße und Batteriestraße	Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dez. VI, eine Ausschreibung der Baumaßnahme zu erstellen. Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten zur Vergabe d. Bauarbeiten für eine Verbesserung des Rainer-Maria-Rilke-Wegs für den Radverkehr. Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.	66	Stand:11/2021 Der Rainer-Maria-Rilke-Weg wird aus dem Programm „Stadt & Land“ finanziert. Die Bauausführung läuft.	

11.	13.09.2021	VI 67/2021 Debstedter Weg in Höhe des Wasserwerkswaldes – Planungsauftrag	Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dezernat VI mit der Erstellung von Ausbauvarianten für den „Debstedter Weg“ im Bereich des Wasserwerkswaldes sowie der Durchführung einer Bürgerbeteiligung. Die Ausbauvarianten sowie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sind dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen vorzustellen.		Stand 11/2021 Die Planungsphase I – Grundlagenermittlung wurde im Amt 66 begonnen.	
-----	------------	---	--	--	---	--

67 – Gartenbauamt:

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	29.10.2019	VI 50/2019 Antrag Koalition z. Thema: Aufstellung von neuen Bänken als Ruhemöglichkeiten in den Stadtteilen	Beschlossen	67, 66, 57	Es sind bisher 4 Bänke auch unter Corona Bedingungen realisiert worden: 2 beim Stadthaus 1 in Richtung Parkplatz, 1 im Speckenbütteler Park vor der Bockwindmühle und 1 vor Buschkämpen 11 (wird in den nächsten Tagen aufgestellt.) Außerdem wurde die Fischbank hinter dem Gebäude der Stäwog am neuen Hafen wieder aufgestellt und soll dort dauerhaft bleiben. Weitere Schritte und Abläufe sind in einer Besprechung am 17. August 2021 (in Präsenz) konkretisiert worden.	
2.	29.10.2019	VI 51/2019 Antrag Koalition z. Thema: Klimastadt Bremerhaven, Bunte Vielfalt Stadtgrün	Beschlossen	67, 58	Die VGB wurde am 11.02.2020 angeschrieben und über den Beschluss informiert. Infomaterial und Beispiele anderer Städte wurden übermittelt. Der Rest ist in Bearbeitung. Bisher keine Rückmeldung der VGB. Der übrige Antrag ist zwischen 58 und 67 in ständiger Bearbeitung. Das Umweltschutzamt hat keinen Einfluss auf das Handeln der VGB.	Einladung Herr Haase zum nächsten BUA bezüglich Sachstand Bushaltestellen. 67 und 58 bereiten derzeit einen Flyer/Broschüre vor, die auch den Beschluss aus der Stadtverordnetenversammlung zu Schottergärten berücksichtigt.

3.	12.11.2020	<p>II 17/2020 Antrag StVV-AT 22/2020 „Kinderspielplatzsanierungsprogramm erstellen (SPD, CDU, FDP) (§ 36 GStVV)</p>	Beschlossen.	67, 61		
	18.05.2021	<p>VII 2/2021 Erstellung eines Kinderspielplatzprogramms</p>	<p>Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt der Vorgehensweise lt. Anlage bezüglich der Umsetzung des Spielplatzsanierungsprogramms für das Jahr 2021 zu. Die Federführung liegt beim Gartenbauamt. Ein Planungsauftrag an ein Planungsbüro soll vergeben werden.</p> <p>Die Finanzierung ist aus den Haushalten 2021 und den Ablösemitteln sowie den anteiligen Städtebaufördermitteln vorzunehmen.</p> <p>Die nächste Berichterstattung zum Stand des Spielplatzsanierungsprogramms erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung, im Bau- und Umweltausschuss und im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen.</p>	67, 61	<p>Vergabe des Auftrages zur Erstellung eines Spielplatzsanierungskonzeptes an Planungsbüro ist erfolgt. Einzelne Sanierungsmaßnahmen (KSP Bielefelder Straße, Finkenstraße und Louise-Schröder Straße) sind in Bearbeitung oder im Prozess der Vergabe. Farbliche Überarbeitung von Spielgeräten wird seit Juni d. J. vom Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger faden e.V. sukzessive durchgeführt. Die Kinderbeteiligung zur Umgestaltung des KSP Rotdornweg hat stattgefunden. Veröffentlichung der Ausschreibung der Leistung für Mitte November vorgesehen. Fertigstellung des Ksp Rotdornweges voraussichtlich Mai 2022</p>	

4.	12.11.2020	VI 88/2020 Antrag SPD-,CDU-,FDP-Fraktion zum Thema: Sanierung und Beleuchtung Radweg neben der Wulsdorfer Rampe	Der Ausschuss für Bau und Umwelt fordert den Magistrat auf, die Schadstellen auf dem Radweg neben der Wulsdorfer Rampe zwischen der Straße Unter der Rampe und der Max-Dietrich-Straße zu reparieren. Dies kann mit der vorhandenen Technik beim Amt für Straßen und Brückenbau umgesetzt werden. Gleichzeitig ist für diesen Bereich eine ausreichende Beleuchtung, gerade für die dunkle Jahreszeit, sicherzustellen.	67, 66	Die Schadstellen sind aktuell beseitigt. Die Herstellung der Asphalt- deckschicht ist erledigt. Betreff Beleuchtung: Ein erster Abschnitt ist mit so genannter smarter Beleuchtung ausgestattet worden. Nach erfolgreichem Praxistest wird die weitere Strecke in gleicher Weise bestückt. .	
----	------------	--	--	--------	--	--

58 – Umweltschutzamt:

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	05.12.2019	VI 57/2019 Antrag Koalition z. Thema: Prüfauftrag und Konzeptentwicklung Deponie Grauer Wall	Beschlossen	58, EBB	Der Auftrag wurde am 20.11.2020 an das Institut für Energie und Kreislaufwirtschaft, Bremen vergeben. Nach Auskunft des Auftragnehmers (Gutachter) wird die Lesefassung erst zum Besprechungstermin am 27.10.2021 vorliegen.	Der Entwurf wurde am 27.10.21 auf Arbeitsebene vorgestellt. Redaktionelle Änderungen werden bis Ende KW 45 eingearbeitet. Die Endfassung wird in der 46 KW vorliegen.
2.	16.03.2021	IX 10/2020-1 Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Bunte Vielfalt und heimische Imkerei fördern	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, 1. die Beauftragung eines Planungsbüros zur Abgabe einer Kostenschätzung für ein Blühstreifen und –zonen-Konzept, 2. für die Erreichbarkeit der Imker:innen den Imkerverein Wesermünde zu nutzen und 3. das Umweltschutzamt zu beauftragen, zur Verteilung der Mittel aus dem Honigtopf eine Förderrichtlinie ähnlich der Förderrichtlinie „Kommunaler Klimaschutz für die Stadt Bremerhaven“ (BINGO) zu erarbeiten und bis zum 18. Mai 21 dem Bau- und Umweltausschuss vorzulegen.	58	Zu 1. Erledigt. Zu 2. Erledigt. Zu 3. Die Förderrichtlinie wurde am 12.07.2021 im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen veröffentlicht. Anträge können nun gestellt werden. Öffentlichkeitsarbeit folgt. Zeitungsartikel am 23.08.21 erschienen. Webseite ist in der Aktualisierung. Erste Anträge sind bereits eingegangen.	
3.	16.03.2021	VI 23/2021 Antrag der SPD-, CDU-, FDP-	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die kommunale Dachstrategie Klimaschutz unter	58		Dem Bau- und Umweltausschuss wird halbjährlich über den Fortgang der Dachstrategie berichtet.

	13.09.2021	<p>Fraktion zum Thema: Dachstrategie Klimaschutz für Bremerhaven</p> <p>IX 10/2021 Umsetzungsvorschlag des Dezernates IX zum Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Dachstrategie Klimaschutz für Bremerhaven</p>	<p>Zuhilfenahme einer externen Beratung ausarbeiten zu lassen. Hauptsächlicher Gegenstand der Beratungsleistung soll sein, unter Berücksichtigung der in kontinuierlicher Fortschreibung befindlichen Maßnahmenpläne Bremerhavens eine Emissionsprognose zu erstellen, alte und neue Schlüsselfelder des Klimaschutzes in der kommunalen Daseinsvorsorge zu identifizieren, einen partizipativen Entwicklungsprozess für die Dachstrategie zu organisieren und zu moderieren. Das Umweltdezernat wird damit beauftragt entsprechende Angebote einzuholen. Dem Bau- und Umweltausschuss wird halbjährlich über den Fortgang der Dachstrategie berichtet.</p>			
4.	13.07.2021	<p>IX 7/2021 Antrag zum Stellenplan 2022/2023 (Klimaanpassungsmanagement)</p>	<p>Der Bau- und Umweltausschuss stimmt vorbehaltlich der Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel sowie unter dem Vorbehalt einer Förderzusage durch den Projektträger Jülich (ptj) der Neuschaffung einer bis 31.12.2024 befristeten Stelle eines Stadtangestellten (m/w/d) im Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes für das Klimaanpassungsmanagement mit einem Wochenstundenanteil von 39 Stunden gemäß dem anliegenden Stellenplanantrag zu und empfiehlt d. Personal- u. Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen.</p>	58	<p>Antrag zum Stellenplan 2022/2023 unter Förderzusagenvorbehalt genehmigt.</p> <p>Umsetzung erst in 2022.</p>	
5.	13.07.2021	<p>IX 8/2021 Antrag zum Stellenplan 2022/2023</p>	<p>Der Bau- und Umweltausschuss stimmt vorbehaltlich der</p>	58	<p>Antrag zum Stellenplan 2022/2023 unter</p>	

		(Sanierungsmanagement Klimameile Alte Bürger)	Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel sowie unter dem Vorbehalt einer Förderzusage durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) der Neuschaffung einer bis 31.12.2026 befristeten Stelle eines Stadtangestellten (m/w/d) im Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes für das Sanierungsmanagement für die Klimameile Alte Bürger mit einem Wochenstundenanteil von 39 Stunden gemäß dem anliegenden Stellenplanantrag zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen.		Förderzusagenvorbehalt genehmigt. Umsetzung erst in 2022	
6.	13.07.2021	IX 9/2021 Antrag zum Stellenplan 2022/2023 (Jugendklimarat)	Der Bau- und Umweltausschuss stimmt vorbehaltlich der Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel sowie unter dem Vorbehalt einer verbindlichen Förderzusage des Projektträgers Jülich (ptj) der Schaffung einer bis 31.12.2026 befristeten Stelle eines Stadtangestellten (m/w/d) im Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes für die Unterstützung des Jugendklimarates mit einem Wochenstundenanteil von 19,5 Stunden gemäß dem anliegenden Stellenplanantrag zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen	58	Antrag zum Stellenplan 2022/2023 unter Förderzusagenvorbehalt genehmigt. <u>Das PTJ hat inzwischen eine positive Bewertung der Projektskizze abgegeben.</u> Umsetzung erst in 2022	

EBB – Entsorgungsbetriebe:

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	18.05.2021	VI 46/2021 Antrag SPD-, CDU-, FDP-Fraktion z. Thema: Winterdienst auf Radwegen	<p>Der Bau- und Umwelt-ausschuss möge beschließen: Der Magistrat wird aufgefordert, die EBB zu beauftragen, das Winterdienst-Konzept der Stadt mit dem Schwerpunkt Beschleunigung der Räumung von Radwegen zu überarbeiten und darzustellen wie Touren auf den Fahrradhaupttrouten optimiert werden können. Das Winterdienstkonzept ist vorab dem Bau- und Umweltausschuss vorzustellen.</p> <p>In diesem Zusammenhang bitten wir außerdem um Überprüfung und Aktualisierung des Streu- und Schneeräumdienschkataloges verkehrswichtiger Fahrbahnen und gefährlicher Stellen. Wir erwarten eine entsprechende Vorlage unter Einbeziehung aller finanziellen Auswirkungen (Personalressourcen und Anschaffung von technischen Geräten) zum 3. Quartal 2021.</p>	EBB	Das Stadtplanungsamt hat einen Entwurf erarbeitet, in dem das bestehende Winterdienstnetz um die verkehrswichtigen Radverbindungen ergänzt wurde. Die Auswahl der winterdienstlichen Fahrradverkehrsführung basiert auf einer Analyse der für den Fahrradverkehr verkehrswichtigen Verbindungen des Alltagsradnetzes und mit der Maßgabe der Vermeidung von Netzlücken die z.B. durch Strecken mit wassergebundener Fahrbahndecke entstehen. So wird der Fahrradverkehr sowohl auf separaten Fahrradwegen, auf Fahrradwegen, die sich auf der Straße befinden als auch über Nebenstraßen im Mischverkehr (z.B. Tempo 30 Zonen) geführt werden. Den zuständigen Ämtern wurde der neue Plan Anfang Oktober in einer Veranstaltung vorgestellt	

					<p>und um Stellungnahme gebeten, ob ein Winterdienst auf den vorgeschlagenen ergänzenden Verbindungen tatsächlich möglich ist (Oberflächenbeschaffenheit, Baumschutz, etc.).</p> <p>Zur Erstellung eines Winterdienstkonzeptes unter Einbeziehung der Fahrradwege ist eine Festlegung der zu behandelnden Wege erforderlich. Wie bei den Straßen muss dazu der Plan mit den verschiedenen Ämtern und Institutionen abgestimmt werden. Im Anschluss werden die finanziellen Auswirkungen ermittelt und die Ausschussvorlage erstellt. Eine Überprüfung und Aktualisierung des Winterdienstkataloges erfolgt jährlich vor Beginn des Winterdienstes, u.a. durch Abstimmung mit der Polizei und mit dem Amt für Straßen- und Brückenbau. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres fließen dabei mit ein.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

VI/1 – Baureferat:

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
----------	----------------	-----------------	----------------------------	--------------------------	-------------------	-------------

./.

SI - Seestadt Immobilien:

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	15.09.2020	VI 56/2020 Antrag der Einzelstadtverordneten Marnie Knorr zum Thema: Zurück zu den Wurzeln	Der Bau- und Umweltausschuss möge beschließen, dass alle Gartenparzellen, die von der STÄWOG verwaltet werden, stadtweit inklusive des Gebietes Neue Aue verpachtet und aktiv beworben werden. Dabei sind die gesetzlichen Vorgaben der Grabelandvergabe zu beachten.	SI	Sämtliche Grabelandparzellen, die durch die Stäwog verwaltet werden, befinden sich in der aktiven Verpachtung d.h. sie werden regelmäßig Interessenten angeboten. Auf der Homepage (www.staewog.de) wird bereits auf die Möglichkeit einer Anpachtung einer Grabelandparzelle / Grünfläche hingewiesen. Die Website wurde überarbeitet. Die Flächen werden dort direkt angeboten. Die Aktualisierung der Angebote erfolgt regelmäßig. Um insbesondere die Flächen im Gebiet „Neue Aue“ wieder verpachten zu können, hat die Stäwog die Flächen vor Ort angesehen und einige Flächen durch die Raumwerkerei herrichten lassen. Viele befinden sich aber in einem dermaßen verwilderten und schlechten Zustand, dass eine Verpachtung nicht mehr möglich ist.	Beschluss BUA 13.07.2021: Weiterhin aktive Bewerbung der Flächen. Die Überarbeitung der Homepage der STÄWOG ist abgeschlossen. Im Gebiet „Neue Aue“ befinden sich 164 durch die STÄWOG verwaltete Parzellen. Davon sind verpachtet Anzahl 58. Von den leerstehenden Parzellen (106) sind 50 Prozent nicht mehr vermittelbar. Keine Veränderungen. Der Zustand der übrigen leerstehenden Parzellen ist ungenügend, sodass sich eine Verpachtung schwierig gestaltet. Eine Begutachtung der Flächen sowie eine Herrichtung einiger Teilflächen wurde durch die Raumwerkerei wahrgenommen. Bei konkretem Interesse an der Anpachtung einer Fläche wird diese durch die Raumwerkerei vor Pachtbeginn hergerichtet.